

Lehren aus der Gewerkschaftsgeschichte vor 1933

Einzelne Phasen der Geschichte der deutschen Gewerkschaften, vor allem in der Zeit der Weimarer Republik, waren Gegenstand einer Kontroverse zwischen Franz Spliedt (Hamburg), Prof. Dr. Wolfgang Abendroth (Marburg) und Otto Brenner (Frankfurt a. M.). Ihre Stellungnahmen wurden in den Ausgaben der Gewerkschaftlichen Monatshefte vom März, April, Mai und Juli dieses Jahres veröffentlicht. Der folgende Aufsatz ist ein weiterer Beitrag zu dieser Diskussion.

Es ist oft gesagt worden, daß bei der Neugründung der Gewerkschaften nach dem Ende des Hitlerregimes die Lehren der Vergangenheit berücksichtigt worden sind. Das gilt z. B. für die Errichtung der Einheitsgewerkschaft (an Stelle der früheren Richtungsgewerkschaften) und für den Aufbau von Industrieorganisationen (an Stelle von Berufsverbänden). Auch die Ablehnung einer staatlichen Zwangsschlichtung von Arbeitsstreitigkeiten wird u. a. mit schlechten Erfahrungen der zwanziger Jahre begründet. Die Kontroverse zwischen *Franz Spliedt* und *Wolfgang Abendroth*¹⁾ anläßlich Abendroths Buch „Die deutschen Gewerkschaften“ lenkte die Aufmerksamkeit noch auf eine andere, besonders bedeutungsvolle Problematik und Lehre der Weimarer Republik: die Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem Staat und jenen Gruppen, die die Demokratie untergruben und damit auch die Gewerkschaften aufs schwerste bedrohten.

Wenn auf diese Dinge eingegangen wird, so gewiß nicht, um damals verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären nachträglich Vorwürfe zu machen. Es handelt sich um einen Beitrag zur Würdigung geschichtlicher Tatsachen, über die jedem Interessierten in Bibliotheken Quellenmaterial, darunter Gewerkschaftszeitungen und Kongreßprotokolle der Gewerkschaftsbünde, zugänglich ist. Es handelt sich auch um Nutzenanwendungen für die Gegenwart.

Da der ADGB der größte Gewerkschaftsbund der Weimarer Republik war, und um der notwendigen Raumbeschränkung willen sei auch hier nur die Politik des ADGB herangezogen, wie sie in Mehrheitsbeschlüssen der Kongresse und der auf den Kongressen gewählten Führungsgremien niedergelegt ist.

November 1918: Bildung der „zentralen Arbeitsgemeinschaft“

Vor den Revolutionstagen des November 1918 verhandelten die Leitungen der Gewerkschaftsbünde der verschiedenen Richtungen gemeinsam mit prominenten Vertretern der Unternehmer über die Bildung einer zentralen Arbeitsgemeinschaft. Am 15. November wurde die „ZAG“ proklamiert und von den Gewerkschaftsspitzen als eine große Errungenschaft begrüßt. Endlich war es gelungen, die Unternehmer (*Stinnes* u. a.) auf die Anerkennung der Koalitionsfreiheit und der Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Arbeitnehmerschaft festzulegen. Außerdem wurde vereinbart, daß in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten Arbeiterausschüsse einzusetzen seien mit der Aufgabe, „in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen, daß die Verhältnisse des Betriebs nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden“. Der Achtstundentag wurde auf dieser freiwilligen Basis als regelmäßige tägliche Arbeitszeit vereinbart, aber auch durch die Regierung der Volksbeauftragten gesetzlich festgelegt. Das waren Anliegen, für die die Arbeitnehmer lange gekämpft hatten, die zu bewilligen die Unternehmer sich aber erst jetzt, angesichts einer in revolutionäre Bewegung geratenen Arbeitnehmerschaft, bereit fanden.

Im geschichtlichen Rückblick sind diese Vereinbarungen durchaus als Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu kennzeichnen. Doch darf nicht übersehen werden, daß die da-

1) Siehe Gewerkschaftliche Monatshefte, März und April 1955

malige Massenerregung und -bewegung nicht nur dem Sturz derer galt, die den Krieg bis zur Katastrophe hingezogen hatten, und auch nicht nur der Ersetzung der Monarchie durch eine demokratische Republik. Akut war vielmehr auch die Frage einer neuen Wirtschaftsordnung. Das bekundeten nicht nur breiteste Arbeitnehmerschichten, ihre Gewerkschaften und die damaligen Arbeiterparteien. Ein Teil des Bürgertums vertrat ebenfalls diese Ansicht und beteiligte sich an den Debatten über das Wie einer Sozialisierung und an der Ausarbeitung der neuen Verfassung, deren wesentlichster wirtschaftspolitischer Artikel (165) von der Nationalversammlung im August 1919 folgendermaßen beschlossen wurde:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie *an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken*. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen *gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat*.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur *Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze* mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu *Bezirkswirtschaftsräten* und zu einem *Reichswirtschaftsrat* zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, *so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen*. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten *Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse* übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.“²⁾

In den „ZAG“-Vereinbarungen war von diesem Willen trotz der revolutionären Situation des November 1918 wenig zu spüren. Punkt 10, der Wirtschaftsfragen behandelte, besagte nur:

„Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilmachung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschädigten zu treffenden Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.“

In den Statuten, die der Vereinbarung folgten, wurde als Zweck der Arbeitsgemeinschaft „die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten“ angegeben. Viele Gewerkschafter glaubten, daß dies der Ansatzpunkt für eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Stufen der Wirtschaft sei. Aber der in Artikel 165 der Verfassung festgelegte Aufbau wurde niemals Wirklichkeit. Bei einem Rückblick im Jahre 1930 wurde im Jahrbuch des ADGB in bezug auf die „ZAG“ festgestellt, sie sei lediglich ein paritätisches Verwaltungsorgan für das Demobilmachungsamt nach dem ersten Weltkrieg gewesen, nicht aber ein Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft. '

Selbst in Tarifvertragsfragen erwies sich die „ZAG“ als ein Hemmnis für die vorwärtsdrängende Arbeiterschaft. Mehrere ADGB-Gewerkschaften traten deshalb bald wieder aus. Auf dem Leipziger Bundeskongreß 1922 stimmte die Mehrheit der Delegierten

2) Die Hervorhebungen (kursiv) sind von der Verfasserin.

gegen die „ZAG“, die nur am Leben blieb, weil man erklärte, diese Delegierten würden nicht die Mehrheit der ADGB-Mitglieder vertreten, und weil der bisherige Bundesvorstand, der an der „ZAG“ festhalten wollte, ein Vertrauensvotum erhielt.

Die Unternehmer waren inzwischen politisch wieder erstarkt. Im Oktober 1923 forderten die Ruhrindustriellen durch Anschläge in den Betrieben von den Bergarbeitern unter Tage eine 8½ stündige und von denen über Tage eine 10- bis 12stündige tägliche Arbeitszeit, ohne daß sie diese Absicht der „ZAG“ vorher unterbreitet hatten. Die Arbeitsgemeinschaft war völlig unterhöhlt und wurde 1924 aufgelöst.

Die Frage der Sozialisierung

Auf dem ersten freigewerkschaftlichen Nachkriegskongreß 1919 in Nürnberg wurde ein grundsätzliches Bekenntnis zum Sozialismus abgelegt, der als der einzige Weg zur wirtschaftlichen Gesundung bezeichnet wurde. Man forderte den „Wiederaufbau des zerrütteten Wirtschaftslebens in der Richtung der Gerneinwirtschaft unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft“.

Vorher schon, im März 1919, hatte das Parlament ein Gesetz über die Sozialisierung beschlossen, jedoch nur in der Form, daß das Reich ermächtigt wurde, solche Maßnahmen einzuleiten. In Artikel 156 der Verfassung wurde dem Reich dann ebenfalls eine solche Befugnis zugesprochen. Aber weder das Sozialisierungsgesetz noch dieser Artikel kamen jemals zur Anwendung. Es bestand eine Sozialisierungskommission, die entsprechende Vorschläge ausarbeiten sollte. In ihr stießen die verschiedensten Auffassungen hart aufeinander. Es wurde viel debattiert. Mehrmals trat die Kommission längere Zeit nicht zusammen. Währenddessen veränderten sich die Machtverhältnisse. Schließlich wurde die Kommission aufgelöst.

Gewerkschaftliche Forderungen zur Wirtschaftsdemokratie

Im Februar 1920 beschloß der Reichstag auf Grund des Drängens der Arbeitnehmer, die z. T. unter dem Einfluß von USPD und KPD nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Rätssystem forderten, ein *Betriebsrätegesetz*. Dieses Gesetz war ein großer Fortschritt gegenüber den früheren Verhältnissen. Aber es entsprach nicht der in Artikel 165 der Verfassung niedergelegten gleichberechtigten Mitwirkung an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte. Die Betriebsräte bildeten auch nicht den Unterbau für die in der Verfassung vorgesehene Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft auf regionaler und fachlicher Basis. Diese wurde überhaupt nicht in Angriff genommen. Der „vorläufige“ Reichswirtschaftsrat konnte Gutachten ausarbeiten, war aber kein Organ im Sinne des Artikels 165. Er blieb „vorläufig“ bis zum Ende der Weimarer Republik.

Im Verlauf der politischen Krisen, denen die Weimarer Republik von rechts und links ausgesetzt war, wurden die Gewerkschaften immer mehr in die Defensive gedrängt. Als auf den ADGB-Kongressen von 1925 an die Forderung „Wirtschaftsdemokratie“ und im Zusammenhang damit eine Ausweitung des Betriebsrätegesetzes in den Mittelpunkt gestellt wurde, war es doch nur eine Proklamation ohne die Kraft und den entschiedenen Willen, sie unmittelbar durchzusetzen. Das gilt auch für die Entschliebung des ADGB-Kongresses 1928 in Hamburg, in der gesagt wurde, es seien Anfänge einer wirtschaftlichen Neuordnung sichtbar, die die Demokratisierung der Wirtschaft in schnellerem Tempo fördern würden, sowohl durch Gesetzgebung als auch durch vielfältige Maßnahmen, die ohne den Umweg über den Staat getroffen werden könnten. Als Beispiele wurden eine Vermehrung der öffentlichen Betriebe, die Stärkung der Konsumgenossenschaften usw. angeführt. Die gute Konjunktur, die 1928 noch vorhanden war, wurde zwar zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen ausgenutzt. Aber in den anderen Fragen blieb alles beim alten. 1929 setzte die Weltwirtschaftskrise ein, in deren Gefolge in Deutschland Banken

und ganze Wirtschaftszweige zusammenkrachten und die Arbeitslosenzahlen gewaltig anstiegen. Die Kapitalflucht ins Ausland verschlimmerte die Lage immer mehr. Das Reich, die Länder und Gemeinden wußten nicht, wie sie die an sie gestellten Finanzforderungen erfüllen sollten. Von 1931 an arbeiteten die Regierungen mit vom Parlament nachträglich bestätigten Notverordnungen, die Lohn- und Gehaltsabbau, Herabsetzung der Unterstützungssätze, Verlängerung der Wartezeiten und Ausschaltung eines Teils der Unterstützungsempfänger zum Inhalt hatten.

Der ADGB protestierte gegen die Notverordnungen und legte wiederholt Programme für die Überwindung der Krise vor. Aber die Gewerkschaften wagten keinen Kampf auf der ganzen Linie. *Brandes*, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, erklärte in seiner Schlußansprache auf dem ADGB-Kongreß im September 1931 in Frankfurt/Main, die Kongreßverhandlungen hätten gezeigt, daß die Regierung Brüning toleriert werden müsse. Die Reaktion warte ja nur auf deren Sturz, um dann alle Staatsmacht selbst in die Hand zu bekommen und all das zu zerschlagen, was die Arbeiterschaft seit dem Bestehen ihrer Organisationen aufgebaut habe. *Theodor Leipart*, der Vorsitzende des ADGB, brachte die Einschätzung der Situation auf einer Großkundgebung in Berlin am 16. Dezember 1932 mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Die Notverordnungen bekämpfen wir. Aber eine faschistische Diktatur würde dem Volk mit blutiger Gewalt noch schlimmere Opfer auferlegen. Wir wollen den Bürgerkrieg nicht heraufbeschwören. Es liegt deshalb im Interesse der Arbeiterschaft, die Schlacht, die wir in den letzten Wochen gegen die Notverordnungen geführt haben, jetzt abubrechen, eine Schlacht, in der es weder Sieger noch Besiegte gibt. Denn die Unternehmer werden sich kaum als Sieger fühlen.“

Das war eine Bankrotterklärung sowohl vor den Unternehmern wie vor den Nationalsozialisten, die auf Grund der Krise mit einer skrupellosen Propaganda und gewalttätig-forschem Auftreten in alle Bevölkerungsschichten zersetzend eingedrungen waren. Der Einbruch in die Arbeitnehmerschaft betraf damals fast nur die Erwerbslosen. Deren Zahl aber war riesengroß. Im Juni 1932 waren nicht weniger als 44 vH der ADGB-Mitglieder erwerbslos! Es bedeutete ebenfalls eine Kapitulation vor den Nationalsozialisten, daß die „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB die Mitglieder zum Abwarten und Stillhalten ermahnte, als bereits Gewerkschaftshäuser besetzt und Gewerkschafter verprügelt oder verhaftet wurden. Als Hitler Reichskanzler geworden war und bald darauf eine nationalsozialistische Regierung mit einigen Deutschnationalen als deren Marionetten gebildet wurde, wurde noch darauf hingewiesen, daß es sich um eine legale Machtergreifung handele. Bis zum Tage des Verbotes der Gewerkschaften, d. h. bis zum 2. Mai 1933, hoffte man die Gewerkschaften durch Anpassung an die Nazi-Terminologie erhalten zu können.

Einige Lehren aus dieser Entwicklung

Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich, alle außen- und innenpolitischen Ereignisse zu untersuchen, die das Verhalten des ADGB von 1918 bis 1933 beeinflußt haben. Das wäre für ein umfassendes Werturteil notwendig. Hier ist jedoch nur der Hinweis auf einige wichtige Lehren beabsichtigt.

Betrachtet man rückschauend die Krisenjahre 1930/33, so ist natürlich nicht mit Bestimmtheit zu sagen, was geschehen wäre, wenn die Gewerkschaften sich anders verhalten und z.B. schon bei den ersten Notverordnungen, 1931, zum Massenstreik aufgerufen hätten. Vielleicht war die Zersetzung der Bevölkerung schon damals zu weit fortgeschritten. Vielleicht wäre eine solche Bewegung außer von den Gegnern von rechts auch von den Kommunisten unterhöhlt und zerschlagen worden. Bekämpften sie doch in jener Zeit die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften als „Sozialfaschisten“ und verbündeten sich mit den Nationalsozialisten zu einer Volksentscheidkampagne für die Auflösung des noch von Sozialdemokraten geführten preußischen Landtags. Es kam noch hinzu, daß innerhalb der SPD und des ADGB Meinungsverschiedenheiten über die

Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise, zumindest über die brennendste Frage der hierfür benötigten Geldmittel bestanden. Bei *Stampfer* („Die vierzehn Jahre der ersten Deutschen Republik“) ist nachzulesen, wie ein der ADGB-Leitung von *Woytinski*, *Tarnow* und *Baade* vorgelegter Arbeitsbeschaffungsplan als inflationistisch abgelehnt wurde, weil er die Beschaffung von einer Milliarde zusätzlicher Kaufkraft voraussetzte. Wie richtig der Plan im Prinzip war, zeigte sich nachher, als die nationalsozialistische Regierung mit *Schacht* als Reichsbankpräsident durch großzügige Kreditausweitung viele Milliarden flüssig machte und damit die Grundlage für die Arbeitsbeschaffung schuf. Gewiß war ein so gewagtes Experiment von einer Diktaturregierung leichter durchzuführen als von einer Regierung der Weimarer Republik. Aber auch die damalige Regierung und insbesondere die Arbeiterbewegung hätten den Mut zu außergewöhnlichen Maßnahmen aufbringen müssen. Dieser Mangel an Klarheit und Entschlossenheit in der Arbeiterbewegung war auch eine Ursache dafür, daß das Vertrauen breiter Schichten zur sozialistischen Bewegung erschüttert wurde und sich den so forsch auftretenden Nationalsozialisten zuwandte. Stampfer zeigt sehr richtig auf, daß von der „Eisernen Front“ — einer von der SPD, den freien Gewerkschaften, dem Reichsbanner und der Arbeitersportbewegung reichlich spät gebildeten Bewegung — „schließlich nichts übrigblieb als eine Masse, die vielleicht noch einen letzten *aussichtslosen* Verzweiflungskampf führen, aber nicht siegen konnte“.

Diese Erfahrungen waren mit der Anlaß, daß insbesondere *Hans Böckler* gleich bei der Neugründung der Gewerkschaften 1945/46 sich für die Errichtung eines wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften einsetzte, das die Wirtschaftstheorie und -praxis in Deutschland wie in anderen Ländern erforschen und selbst Analysen der Situation sowie Vorschläge für die Gewerkschaftspraxis erarbeiten sollte.

Es ist notwendig, sich auch mit der Auffassung auseinanderzusetzen, daß gegen die mit Notverordnungen amtierenden Regierungen *Brüning*, *Papen* und *Schleicher* und sogar gegen die Nationalsozialisten keine außerparlamentarischen Kämpfe hätten geführt werden dürfen. Der mit dem Sieg des Nationalsozialismus verbundene Terror schon vor der Machtübernahme und die Drosselung aller demokratischen Freiheiten nachher haben doch wohl sehr nachdrücklich gelehrt, daß für die Beurteilung der Handlungsweise, von Organisationen wie von Einzelpersonen nicht nur formelle Bestimmungen, sondern die gesamten Begleitumstände in Erwägung zu ziehen sind. Heute ist es für jeden Demokraten eine Selbstverständlichkeit, daß man Feinden der Demokratie nicht die Mittel zu ihrer Zersetzung und ihrem Sturze in die Hand gibt. Das aber heißt, daß gerade auch die Gewerkschaften als Massenorganisationen, die nur unter demokratischen Verhältnissen existieren können, ihre Kraft in die Waagschale zu werfen haben, wenn die Demokratie und mit ihr das Wohl und die Freiheit der Arbeitnehmerschaft bedroht sind.

Eine weitere sehr wichtige Lehre der letzten Jahre der Weimarer Republik betrifft das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeitslosen. Abgesehen von den Protesten gegen den Abbau der Unterstützungssätze und von den Forderungen der Arbeitsbeschaffung hatten die Gewerkschaften in jener Zeit kaum noch Verbindung mit den Erwerbslosen. Diese waren losgelöst von ihren Kollegen in den Betrieben; nach sechs Wochen gewerkschaftlicher Unterstützung verloren sie in den meisten Fällen auch die Verbindung zu ihrer Organisation. Riesige Scharen von arbeitslosen Jugendlichen wurden von den Gewerkschaften überhaupt nicht mehr erfaßt. Anträge, in dieser Situation auch arbeitslose Jugendliche — ohne Beitragszahlung und Eintrittsgeld — aufzunehmen, wurden von den Leitungen abgelehnt. Die Jugendlichen blieben ihrem Schicksal überlassen. Ein großer Teil wurde von den Nationalsozialisten gewonnen, die ihnen Uniformen, Brot und Spiele boten. Mit den gleichen Methoden wurden auch viele erwachsene Arbeitslose als Werkzeuge für die Zertrümmerung von Gewerkschaftsbüros und die Bspitzelung von Gewerkschaftern gewonnen.

Die Ereignisse der Jahre 1930/33 dürfen aber nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit der Anfangszeit der Weimarer Republik betrachtet werden. Die Gewerkschaften waren 1918/19 vor schwierige Entscheidungen gestellt. Die Demokratie wurde bedroht, sowohl von den vom Kriege her noch bewaffneten konterrevolutionären Freikorps und von Reichswehrführern, die dem neuen Staat keineswegs loyal gegenüberstanden, wie andererseits von den zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ drängenden Kommunisten. Diese hatten auch in den Gewerkschaften Anhänger und eifrige Propagandisten. Die Furcht vor einer solchen Weitertreibung der Revolution bewog die führenden Persönlichkeiten der SPD, die Konterrevolutionäre zum Niederschlagen der Aufständler von links zu benützen. Auch die ADGB-Spitzen waren dieser Auffassung. Sie sahen den Hauptfeind links und sahen sich zum Verzicht auf einen Kampf zur Durchsetzung der eigenen Wirtschaftsforderungen und der entsprechenden Artikel der Verfassung veranlaßt. Gerade dadurch erstarkten die Kräfte, die der Demokratie zum Verhängnis wurden.

Auch in diesem Fall kann nicht mit Gewißheit gesagt werden, wie die Geschichte verlaufen wäre, wenn man andere Wege eingeschlagen hätte. Es liegt jedoch nahe, anzunehmen, daß der aus der Novemberrevolution zunächst entstandene Rat der Volksbeauftragten (aus SPD- und USPD-Vertretern) bei größerer Entschlossenheit und stärkerem Druck von der gesamten Gewerkschaftsbewegung, auf wirtschaftspolitischem Gebiet schon die Umwälzungen hätte einleiten können, die nachher in Artikel 165 u. a. der Verfassung umrissen, aber dann nicht mehr Praxis wurden. Für jene erste Zeit der Weimarer Republik gilt, was kein Geringerer als der heutige Bundesinnenminister Schröder als Abgeordneter anläßlich der Debatten über das Betriebsverfassungsgesetz folgendermaßen ausdrückte:

„Ich bin mir völlig klar darüber, daß wir in dieser Frage 1945/46 vielleicht eine größere Aufgeschlossenheit gezeigt hätten. Ich kann mir jedenfalls denken, daß es hier viele unter uns gibt, für die es 1945/46 unter dem Eindruck des damaligen Schocks — der Schock hat ja das Ergebnis, plötzlich Erkenntnisse aufzuzeigen, die jahrelang verschüttet waren — sehr viel leichter gewesen wäre, auf diesem Gebiet zu einer Lösung zu kommen, die wir jetzt so schwer erkämpfen müssen. *Inzwischen haben sich die Kräfte der trägen Beharrung des Gestrigen längst wiedergefunden, etwa unter dem Motto: „Wir sind noch einmal davongekommen . . .“*“³⁾

3) Das Zitat ist der Zeitschrift der CDU-Sozialausschüsse „Soziale Ordnung“ vom März 1955 entnommen.

ANDRE PHILIP

Wir glauben daran, daß der Mensch das Ziel und das Maß einer jeden sozialen Wahrheit ist. Wir glauben an den Menschen und seine Vernunft (ohne Unterschied, ob angeboren oder offenbart) und deshalb an das Vorhandensein einer objektiven Wahrheit auf allen Gebieten, die nicht nur der Widerhall persönlicher Interessen und Leidenschaften ist. Weil wir von dem Vorhandensein einer absoluten Wahrheit und ihrer Relativität in der Form des persönlichen Glaubens überzeugt sind, glauben wir an die Demokratie, d. h. an das wesentliche Recht des Menschen auf Opposition. Das darf aber nicht mit dem Wort Toleranz verwechselt werden: Ich dulde nicht bloß, daß jemand anders denkt als ich, ich freue mich darüber, denn mein Gegner ist mein bester Freund. Seine Kritik verhindert das Rosten meines Geistes und verhindert mein Verharren in starrer Dogmatik, sie zeigt mir die Schwächen meiner Meinung und zwingt mich, mich selbst zu verbessern und bereichert mich ohne Unterlaß. Der Respekt für die Persönlichkeit, die leidenschaftliche Suche nach Wahrheit, die freudige Annahme der notwendigen Verschiedenheiten, das sind die Werte, welche die totalitären Regime ableugnen, und die wir unserer Jugend zeigen und unter Umständen auch verteidigen müssen.